

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Graf. Ad. Salski, Hofplatz, Gr. Gerber- u. Breiterstr. - Ecke, Otto Fickisch, in Struma J. Neumann, Wilhelmstraße 2, in Gnesen bei J. Chraplenicki, in Meseritz bei H. Kattas, in Breschen bei J. Jodelohn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Sausenlein & Fogler, Rudolf Hoff und „Svavaldenka“.

# Posener Zeitung

Verantwortliche Redakteure:  
Für den politischen Theil: A. Jankne,  
für Feuilleton und Vermischtes: J. Kleinbach,  
für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld,  
sämmlich in Posen.  
Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Achtundneunzigster Jahrgang.

Nr. 143

Donnerstag, 26. Februar.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, am Sonntag und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, 5,45 M., für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagweite Beiträge oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)  
74. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Arbeiterschutzgesetzes wird fortgesetzt mit der Abstimmung über § 119a (Verbot von Lohninbehaltungen).  
Abg. Dr. Hirsch (Dfr.) zieht seine Resolution bis zur dritten Lesung zurück.  
Der § 119a wird unter Ablehnung der Anträge Auer und Hähule mit dem unwesentlichen Antrage Dr. Gutfleisch angenommen.

§ 119b beht die Bestimmungen über Verbote von Trudsystemen und Lohninbehaltungen mit den dabei zugelassenen Ausnahmen auch auf die im fremden Auftrage arbeitenden Hausindustriellen aus. Ein Antrag Stadthagen (Soz.) verlangt das ausnahmslose Verbot der Lohninbehaltungen für diese Klasse von Arbeitern.

Abg. Stadthagen (Soz.) sieht in dem Paragraphen die Möglichkeit zur Verwässerung der Arbeiter. Die Arbeiterinnen würden durch solche Lohninbehaltungen zur Prostitution gezwungen. Durch die Lohninbehaltungen würden die Schwindler unter den Unternehmern in Schutz genommen gegen ihre Arbeiter, denen man in der barbarischsten Weise die Griffschmittel entziehe. Uebrigens seien auch Unternehmer oft kontraktbrüchig, das beweisen die Schienenfahrstellen. Der Paragraph sei entsprungen dem leidenschaftlichen Haß gegen die Arbeiter, nicht der Humanität, sondern einem rohen Kannibalismus.

Präsident v. Pevokow rügt diese Redewendungen des Redners als unparlamentarisch.  
Darauf wird unter Ablehnung des Antrages Stadthagen § 119b angenommen.

§ 120 verpflichtet die Gernerbeunternehmer, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die erforderliche Zeit zum Besuche von Fortbildungsschulen oder Haushaltungsschulen zu gewähren, und sieht eine eventuelle Verpflichtung männlicher Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuche der Fortbildungsschule durch Orts- oder Kommunalstatute vor. Im Uebrigen enthält § 120 eine Begünstigung der Sonntags- oder sonstigen Fach- oder Fortbildungsschulen gegenüber den Gemeindefortbildungsschulen. Der Unterricht während des Sonntagsgottesdienstes ist unterlag.

Ein Antrag Auer will die Bevorzugung der Sonntagsschulen beseitigen, den Unterricht an Werktagen in die Arbeitszeit der jungen Leute legen und auch den Besuch der Fortbildungsschule durch die Arbeiterinnen durch Ortsstatut obligatorisch machen.

Ein Antrag Dr. Gutfleisch-Hähule deckt sich in letztem Punkte mit dem Antrag Auer, und will in Uebereinstimmung mit einem ähnlich lautenden Antrage Frhr. v. Münch den Besuch der Fortbildungsschule während des Gottesdienstes ihrer Konfession für die Arbeiter fakultativ machen, im Ubrigen aber den Unterricht während des Gottesdienstes nicht ganz verbieten.

Ein Antrag Dr. Hartmann, Letocha-Müller-Frhr. v. Stumm verbietet den Unterricht am Sonntag während des Gottesdienstes der Konfessionen der Schüler, läßt aber Ausnahmen durch die Zentralbehörden für bestehende fakultative Fortbildungsschulen bis zum 1. Oktober 1894 zu.

Ein Unterantrag Schäbler (Dfr.) will auch der Gottesdienst einer konfessionellen Minorität der Schüler berücksichtigen.

Ein Antrag Cegielski (Pole) will in den Landesstellen mit nicht deutscher Bevölkerung den Unterricht in der Muttersprache des Schülers ertheilen lassen.

Ein Kompromissantrag Dr. Gutfleisch-Dr. Hartmann und Gen. läßt schließlich die Begünstigung der Sonntagsschulen als Ersatz für die Gemeindefortbildungsschulen nur insoweit zu, als sie auch von der höheren Verwaltung

behörde als ein genügender Ersatz für die allgemeine Fortbildungsschule anerkannt sind.

Abg. v. Dzierzowski (Pole) bittet um Annahme des Antrages Cegielski, damit einigermaßen die Wirkung der Polenannahmegesetze aufgehoben werde.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) begründet den Antrag auf ausnahmsloses Verbot des Unterrichts während des Gottesdienstes in Zwangsfortbildungsschulen.

Abg. Dr. Schäbler (Centr.) ist mit der Verlegung des Unterrichts der Fortbildungsschulen in die Arbeitszeit der jungen Arbeiter einverstanden, erklärt sich aber entschieden gegen den obligatorischen Besuch der Haushaltungsschulen für die weiblichen Arbeiter. Für diese sei die beste Schule das Haus und die beste Lehrerin die Mutter. In den Haushaltungsschulen könnten die jungen Mädchen leicht durch andere Schülerinnen verdorben werden.

Abg. Wöllmer (Dfr.) tritt für die freisinnigen Anträge ein. Man dürfe den mit vielen Kosten unterhaltenen Gemeindefortbildungsschulen keine Hindernisse in den Weg legen. Der Sonntagvormittag sei als Unterrichtszeit für die Fortbildungsschulen unerlässlich. Namentlich der Zeichenunterricht verlange eine ausgeruhte Hand und Tageslicht. Der freisinnige Antrag gebe diese Möglichkeit und entspreche auch andererseits den religiösen Bedürfnissen der Schüler, während die Anträge Dr. Hartmann und Schäbler den Sonntagvormittagsunterricht oft illusorisch machen würden. Der obligatorische Besuch der Haushaltungsschulen sei notwendig, da die Arbeitermädchen sich vielfach unfähig zeigten, den Beruf der Frau und Mutter zu erfüllen.

Abg. Frhr. v. Münch empfiehlt seinen Antrag.  
Minister Frhr. v. Berlepsch erklärt die obligatorische Fortbildungsschule für notwendig, da ohne eine solche in Folge eines Erkenntnisses des Kammergerichtes von 1888 der ganze Bestand der Fortbildungsschule gefährdet sei. Ebenso sei wegen der bisherigen betrübenden Erfahrungen ein Zwang für den Besuch von Haushaltungsschulen zu wünschen. Deshalb bitte er um Annahme des Antrages Gutfleisch, welcher auch in Bezug auf den Unterricht während des Gottesdienstes das Richtige treffe. Gegen den Antrag Schäbler habe er nichts einzuwenden, bitte aber um Ablehnung des Antrages Dr. Polen.

Abg. Dr. Ebertz (Dfr.) tritt lebhaft für die obligatorische Fortbildungs- und Haushaltungsschule ein. Religiöse Rücksichten dürften hier nicht mitspielen, durch den Besuch der Fortbildungsschulen während des Gottesdienstes würde die Jugend nicht irreführt. Deshalb liege kein Grund vor, den jetzigen Zustand zu ändern, wodurch die Fortbildungsschulen ohne jeden Nutzen drangsaliert würden.

Abg. Dr. Buhl (ntl.) tritt für den Antrag Hartmann mit dem Eventualantrag Schäbler ein und erklärt sich besonders gegen den Antrag Auer, den Unterricht der Fortbildungsschule in die Arbeitszeit zu legen, weil dann viele Gemeinden keine Fortbildungsschulen einrichten würden. Der obligatorische Besuch der Haushaltungsschulen sei durchaus wünschenswert.

Abg. Klemm (H.) ist ebenfalls für die Anträge Hartmann und Schäbler und spricht die Hoffnung aus, daß mit der Zeit überhaupt am Sonntag kein Fortbildungsunterricht erteilt werde. Dagegen erklärt er sich gegen die obligatorische Haushaltungsschule.

Darauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 25. Februar, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)  
Die zweite Beratung der Einkommensteuervorlage wird bei den Bestimmungen über die Heranziehung zu

Kommunalabgaben sowie Regelung des Wahlrechtes fortgesetzt.

§ 77 bestimmt, daß behufs Heranziehung von Personen mit nicht über 900 Mark Einkommen, deren Veranlagung auf Grund fingirter Normalsteuerätze auch bis 900 Mark erfolgen kann, jedoch bei gesicherter Deckung des Bedarfs ohne deren Heranziehung dieselben von der Beitragspflicht entbunden werden können.

Abg. Bache (Str.) zieht seinen Antrag auf Abänderung der Wahlrechtsbestimmungen für die Rheinprovinz mit Rücksicht auf die späteren Kommissionsbeschlüsse zurück.

Abg. Richter (Dfr.): Je länger die Beratung dauert, desto mehr bestimme ich mich in der Ueberzeugung, daß in allen Ministerien das Gesetz der notwendigen Vorberatungen entbehrt in allen Fragen, welche über das Finanzinteresse hinausgehen, und namentlich die Gemeindeverhältnisse und das Wahlrecht betreffen. Bereits wiederholt habe ich den neuen Steuertarif des Gesetzes als ungeeignet erklärt für die Gemeindebesteuerung. Alle Versuche zur Abänderung sind fehlgeschlagen. Ich verzichte wegen der Unsicherheit darauf, durch weitere Anträge das Verhältnis dieses Gesetzes in der Gemeindebesteuerung näher zu ordnen. Die Kommission hat sich vertrieben mit der Regelung im Verwaltungswege. Dann möchte ich doch wenigstens klargestellt sehen, wie man sich dies denkt. Redner wünscht, daß das Ministerium die Initiative ergreife, um die Gemeinden aufmerksam zu machen auf die einschneidenden Veränderungen, welche entstehen, wenn die Gemeindebesteuerung wie bisher, an den Staatssteuertarif sich anschließt. Weiterhin spricht Redner die Befürchtung aus, daß die Ergebnisse der neuen Veranlagung den Gemeinden zu spät bekannt werden, um rechtzeitig eine Verminderung der Zuschläge für die Gemeinden zur Staatseinkommensteuer herbeizuführen. Die jetzigen Zuschläge sind an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde geknüpft und können ohne deren Zustimmung nicht abgeändert werden. Werden aber trotz der neuen Veranlagung die alten hohen Gemeindezuschläge erhoben, so wirkt das Gesetz noch besonders drückend. Eine weitere Schwierigkeit entsteht, wenn die Aufsichtsbehörde etwa verlangen sollte, gleichzeitig mit dem Prozentfuß der Zuschläge zur Einkommensteuer auch die Prozentfüße der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer in den Gemeinden zu vermindern. Alsdann würde das Plus aus der Einkommensteuer bei den Gemeinden verwendet werden zur Entlastung des Besitzes, obwohl wesentlich die Nichtbesitzenden zum ganzen Plus beigetragen haben. Redner wünscht Aufklärung von den Ministern, wie dieselben sich grundsätzlich die Lösung dieser Frage im Verwaltungswege denken.

Minister Herrfurth: Das neue Einkommensteuergesetz übt nur da, wo das Dreiklassenwahlrecht besteht, eine Rückwirkung aus. Hier aber ist der Grundlag maßgebend, daß das Wahlrecht sich richtet nach dem Maße der Beiträge des Einzelnen zu den öffentlichen Lasten und in Konsequenz davon muß bei jeder Vermehrung der Beitragsleistungen auch eine entsprechende Steigerung des Stimmrechtes eintreten und bei einer Verminderung der Lasten eine Verminderung des Stimmrechtes. Nach diesem Grundlag war es überhaupt nicht erforderlich, besondere Ermittlungen anzustellen. Hätte man es aber doch gethan, so wären dieselben unbrauchbar geworden durch die Aenderung des Steuertarifs in der Kommission. Keines Erachtens gehört eine derartige Bestimmung nicht in das Einkommensteuergesetz, sondern bedarf einer speziellen gesetzlichen Regelung, für welche dann auch die eingehendsten Ermittlungen würden angestellt worden sein.

Das Verhältnis von Personal- und Realsteuern innerhalb der Gemeinden liegt durch Gesetz fest. Die Frage, inwiefern Zuschläge zu den Realsteuern erhoben werden, richtet sich nach den Beschlüssen der Gemeinden, die jeden Augenblick geändert werden können, und wozu es lediglich der Genehmigung der Kommunalauufsichtsbehörden bedarf. Nur bei den Kreissteuern liegt allerdings das Verhältnis innerhalb gewisser Minimal- und Maximalgrenzen fest. Insofern das Verhältnis durch das vorliegende Gesetz geändert würde, würde eine Aenderung ex lege eintreten müssen. Im Verwaltungswege aber kann nichts angeordnet werden.

## In den Slums.

Eine Wanderung durch die Wildnisse Londons.

Der Berg von Briefen, welcher jeden Morgen auf meinem Tische neben der Frühstückstasse liegt, enthält regelmäßig die merkwürdigsten Schriftstücke, unter denen die Bettelbriefe nicht die unterste Stelle einnehmen. Von letzteren habe ich ein kleines Museum angelegt. Sehr viele verschämte und unverschämte Armen deutscher Nationalität zeigen plötzlich für St. Bonifaz ein starkes Zugehörigkeitsgefühl, so bald der Schuh anfängt zu drücken.

Wieder ein Bettelbrief, dachte ich heute, als ich das erste Schreiben zur Hand nahm. Dieses Mal jedoch hatte ich mich geirrt. Der Brief lautete vielmehr folgendermaßen: „Eingeliegend ein Check für Pfd. Sterl. —, die ich Ihnen anvertraue zur Verteilung unter die Armen des Ostendes, ohne Unterschied der Religion und der Nationalität. Ergebenst K. Y.“ Die Summe war sehr bedeutend und natürlich um so willkommener. Schon seit Wochen hatte ich von der Noth, welche der lange und scharfe Winter über die arme Bevölkerung im Osten unserer Riesenstadt gebracht hatte, viel gesehen und gehört. Während ich den Brief las, warteten unten im Hausflur die Hilfsuchenden dichtgedrängt, während einige Duzend draußen auf der Straße standen, bis sich auch für sie die Thüre öffnen würde.

Um den Wünschen des edlen Spenders gerecht zu werden, war der beste Weg dieser: eine Expedition in die Slums zu unternehmen, und dort an Ort und Stelle, nach eigener An-

schaung, die Verteilung vorzunehmen. Und was sind die Slums? Im Wörterbuch suche ich vergebens nach einer zutreffenden Uebersetzung. Dieses Wort bezeichnet das elendste, grauenvollste Gewirre von Hütten, Gassen, Höfen, in denen die Aermsten der Armen Londons ein Dasein fristen, um welches kein Hund sie beneiden könnte.

Es fanden sich bald einige Freunde, welche ihre Teilnahme an meinem Gange zusagten, und früh am Nachmittag wenderten wir jenen Gegenden zu, wo nach unserer Annahme die Hilfe am allerwillkommensten, freilich auch unsere Arbeit größer sein würde, als wir bewältigen konnten. Unsere Schritte führten uns zuerst durch Back Church Lane. Obgleich diese Straße mit ihren Drechshäusern, ihren Trödelbuden, ihren Kartoffelläden, ihrem Dufst von gebratenen Fischen und ihren Schaaeren von ungeschunden Kindern gerade keinen besonders günstigen Eindruck macht, so ist sie doch noch als aristokratisch anzusehen im Vergleich zu dem, was uns später vor Augen kam. Zu beiden Seiten zweigen sich Gassen ab, bei deren Anblick man meint, etwas Traurigeres lasse sich auf Gottes Erdboden nicht finden. Der berühmte Londoner Rebel verschwindet selten aus diesen Winkeln ganz. Wie kommen nach Cable Street, welche als Matrosen-Viertel unter dem Namen Ratcliff Highway eine traurige Berühmtheit erlangt hatte, und dort ist unsere erste Aufgabe, mit Bäckern, Metzgern und Kohlenhändlern uns wegen Lieferung ihrer Waare auf unsere Gutscheine hin zu verständigen. Wohin nun zuerst? Wir standen unter einer Eisenbahnbrücke, wo aus der Tiefe eines unfählich schmutzigen Ladens die kleinen, auf Holzstückchen gespierten Portionen gekochten Pferdefleisches, die als Katzenfutter dort

ausliegen, einen abschreckenden Dufst entsandten. Auch die Nachbarhaft ist nicht die schönste; denn unter dem nächsten Eisenbahnbogen (den man natürlich nachher sorgfältig mit Brettern verriegelt hat) hat man vor einem Jahre die furchtbar verstümmelte und schon ganz in Verwesung übergegangene Leiche einer Frauensperson gefunden, deren Ermordung allerdings mit Unrecht dem berühmten Jack the Ripper aufs Kerbholz geschrieben wurde. Nun wohin zuerst?

Da kommt schon die Lösung der Frage! Uns naht sich eine alte Frau; sie hat trotz ihres Alters noch eine aufrechte Haltung, und ihre schneeweißen Haare, die unter einem zerfetzten Schal hervorquillen, geben ihr ein würdiges Aussehen. An den Füßen hat sie Dinge, die vor zehn Jahren vielleicht ein Mal Männerstiefel gewesen sind; die zerlumpten dünnen Kleider können ihren mageren Leib unmöglich warm halten. Im Vorbeigehen streckt sie schüchtern die Hand aus und sagt mit leiser Stimme: „Bitte, schenken Sie mir einen Penny!“ „Nun, Mütterchen,“ sagte ich, „Sie können vielleicht außer dem Penny noch mehr gebrauchen; zeigen Sie uns, wo Sie wohnen.“ „Wie werde ich den Ausdruck vergessen, der bei diesen Worten über ihr Gesicht glitt. Erstaunen, Freude, und auch Ungläubigkeit. „Kommen Sie mit,“ sagte sie rasch und schritt so eilig, als ihr Alter und ihre jämmerliche Fußbekleidung es erlaubten, vor uns her. Hier um eine Ecke, da um eine Ecke, und unsere Führerin verschwindet unter einem niedrigen Eingang, den wir nur gebückt durchschreiten können. Wir gelangen auf einen Hof, dessen Anblick das Dante'sche Lasciate ogni speranza sogleich ins Gedächtnis ruft. Hier wohnen Menschen? In diesen elenden Hütten, in dieser Atmosphäre, die alle Fieber



munen, denen es in Bezug auf die Wahlrechtsfrage nicht besser geht. Auch nach dem Kommissionsantrage werden noch bedeutende Verschiebungen eintreten. Vielleicht gelingt es noch, in der dritten Lesung einen besseren Ausweg zu finden, der mehr befriedigt.

**Minister Herrfurth:** Die Regierung muß die Frage der Verfassungsänderung durch dieses Gesetz verneinen nach eingehender Erwägung. Für einige durch dieses Gesetz herbeigeführten Aenderungen kann ja Artikel 71 angeführt werden, aber es handelt sich hier nicht um ein neues Wahlgesetz, sondern um Verordnungen auf Grund des bestehenden Wahlrechts. Die Frage ist aber eine zweifelhafte, und die Regierung überläßt die Beantwortung dem Hause. Was das staatliche Wahlrecht betrifft, so glaubt die Regierung alle Kantons in § 79 getroffen zu haben. Was den neuen Abzug der Kommission anlangt, so liegen noch nicht ziffermäßige Berechnungen vor, welche beweisen, daß dieser Zusatz eine Verbesserung ist. Doch hat die Staatsregierung keine prinzipiellen Bedenken dagegen. Der Antrag Kidert ist eine platonische Liebeserklärung, die keine Gegenliebe in diesem Hause finden wird.

Die Ermittlungen der Staatsregierung über das Kommunalwahlrecht haben ergeben, daß der Antrag Bachem nicht geeignet ist, Verschiebungen zu verhindern. Für die dritte Klasse wird das Wahlrecht nach der Regierungsvorlage nur wenig vermindert, durch den Antrag Bachem aber ganz erheblich vermindert durch den Zutritt von Tausenden neuen Personen aus der zweiten und ersten Klasse. Den fingierten Steuerfuß der Kommission bitte ich anzunehmen; die Kommission beschreitet hier denselben Weg, den die Regierung 1873 gegangen ist. Der Kompromißvorschlag der Kommission berücksichtigt alle Wünsche, ich bitte Sie, denselben mit möglichst großer Einstimmigkeit anzunehmen.

**Abg. Frhr. v. Suenne (Br.):** Wir haben es hier nur mit einem Provisorium zu thun, das gilt auch von der Bestimmung über die Urwahlbezirke. Das Gesetz ist kein einzelnes, es ist nur der erste Schritt einer Reform. Wenn wir heute die Kommunalwahlfrage regeln, so werden wir diese Regelung nach der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer umwälzen müssen. Es ist unmöglich, wie Abg. Richter will, bei der Gemeindevahl die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nicht zu berücksichtigen, denn die Leute, welche diese Steuern zahlen, haben das meiste Interesse an der Entwicklung der kommunalen Verhältnisse. Die Bestimmung über die Urwahlbezirke, welche in den Paragraphen auf meinen Antrag hineingekommen ist, hat zur Grundlage die statistischen Ermittlungen der Regierung. Die Dreitheilung in den Urwahlbezirken selbst wird weniger Verschiebungen als die Regierungsvorlage zur Folge haben, aber auch sie soll nur ein Provisorium sein.

**Abg. Dr. Franke (natl.):** Wir stehen im Wesentlichen auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse. Wir haben nur gegen den neuen Abzug des § 79 Bedenken, den wir als der Verfassung nicht entsprechend halten. In manchen Städten, besonders in Berlin, wird selbst der Beschluß der Kommission keine Besserung hervorrufen. So würden im 98. Bezirk von Berlin danach die in ihm wohnenden beiden Minister nur Wähler dritter Klasse sein. In umgekehrtem Verhältnis werden sich die Wahlverhältnisse im Norden und Osten Berlins wieder allsehr zu Gunsten der jetzigen Wähler dritter Klasse ändern. Der Antrag der Kommission andererseits steht nach meiner Auffassung in diametralem Gegensatz zu dem, was die Verfassung erstrebt. Denn diese will die Dreitheilung durch die ganze Gemeinde, wie aus den Verhandlungen des Jahres 1849 hervorgeht.

Darauf verlegt das Haus die weitere Berathung auf Donnerstag 10 Uhr.  
Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 25. Februar.

— Heute Vormittag hatte der Kaiser wieder mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhrn. v. Marschall in dessen Wohnung eine Unterredung. Darauf empfing der Kaiser im königlichen Schlosse den Finanzminister Miquel zum Vortrage und arbeitete dann längere Zeit mit dem Unterstaatssekretär Dr. Barkhausen. Später wurden noch der Prinz Karl von Arenberg, der Reichstagsabgeordnete v. Frankenstein und der vor einigen Tagen aus Posen hier eingetroffene Ober-Präsident der Provinz Posen Graf v. Zedlitz-Trützschler empfangen. Letzterer wurde auch zur kaiserlichen Frühstückstafel geladen.

— Der „Figaro“ will wissen, ein Hauptgrund der Pariser Reise der Kaiserin Friedrich sei die Regelung der Gallierischen Erbschaft von etwa zehn Millionen und der Wunsch gewesen, Bau und Einrichtung gewisser Pariser Privathotels kennen zu lernen, die dem Pommerburger Schloßbau der Kaiserin als Muster dienen sollten.

— Der preussische Gesandte in München, Graf Kanbau, wird München verlassen und die Gesandtschaft im Haag übernehmen. Als sein Nachfolger ist, wie verlautet, der jetzige preussische Gesandte in Stuttgart, Graf Eulenburg, in Aussicht genommen. Graf Kanbau ist bekanntlich der Schwiegerohn des Fürsten Bismarck.

— Seitens der Reichsbank wird heute den Zeichnungsstellen für die Reichsanleihe Nachricht über die den einzelnen Stellen zugetheilten Beträge und die bei der Zuteilung an die Zeichner zu befolgenden Grundsätze zugehen. Jede Zeichenstelle hat denjenigen Betrag erhalten, welcher im Verhältnisse zwischen den im Ganzen gezeichneten 9 288 162 700 Mark

zu dem aufgelegten Betrage von 200 000 000 Mark

auf die bei ihr gezeichnete Summe entfällt. Die Untervertheilung soll in der Weise stattfinden, daß die Einzelbeträge nach Verhältnisse des danach zugetheilten Betrages zu kürzen, jedem Zeichner jedoch mindestens 200 Mark zu überweisen sind. Eine Ausnahme von dieser vorzugsweisen Berücksichtigung kleiner Zeichner findet dann statt, wenn die Ueberzeugung besteht, daß eine Person, sei es unter demselben Namen, sei es durch verschiedene vorgeschobene Personen ihre größere Zeichnung in verschiedene kleinere Zeichnungen zerlegt hat, um eine stärkere Zuteilung zu erlangen. Der Ueberrest soll, soweit dies nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden bzw. der Zeichnungsstelle überwiesenen Abschnitte ausführbar ist, nach gleichem Prozentsatze vertheilt werden. Die preussische Regierung konnte in der Bevorzugung der kleinen Zeichner weiter (bis zur Zuteilung von 500 Mk.) gehen, weil die von ihr aufgelegten 250 Millionen nur etwa 30fach gezeichnet worden sind. Die aufgelegten 200 Millionen Reichsanleihe dagegen sind mehr als 46fach gezeichnet.

— Auch in Hamburg-Altona fand eine stark besuchte Volksversammlung zu Gunsten des Zonentarifs statt, in welcher derselbe Beschluß gefaßt wurde wie von der neu-lichen Berliner Volksversammlung. — Nach dem „B. Z.“ soll übrigens der Berliner Verein „Zonentarif“ im März eine abermalige Volksversammlung für Zonentarif und Hebung der Wohnungsnoth durch Eisenbahn-Reformen veranstalten. Diesmal sollen die Minister und die Abgeordneten sämmtlich eingeladen werden.

**Sonneberg i. Th., 25. Febr.** Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Sonneberg fordert alle national-liberalen Wähler auf, in der Stichwahl, welche am 28. d. M. stattfindet, mit aller Kraft für den Kandidaten der Freisinnigen, Herrn Dr. Witte aus Krostod, einzutreten.

## Vermischtes.

† **Ueber das Liebreichsche Heilmittel** geht uns folgende ausführliche Meldung zu: Das von Professor Liebreich entdeckte und neuerdings wiederholt bereits erwähnte Heilmittel besteht in der systematischen Anwendung der subkutanen Injektion von kantharidinreichem Kali. — An die Kanthariden knüpfen sich von Altersher vortreffliche Heilberichte; durch eine Reihe neuer Experimente, welche gestützt auf einen neuen Ideengang unternommen wurden, gelang es, diese in den Kanthariden enthaltene krystallifirte Substanz bei subkutanen Injektionen zu verwerthen. — Es scheint, daß nicht nur bei der Tuberkulose, sondern auch bei anderen Injektionen das Mittel, in richtiger Weise benützt, einen heilenden Einfluß ausübt. Eine große Reihe sorgfältiger Beobachtungen wird erforderlich sein, um dem Mittel, dessen Wirksamkeit außer Zweifel steht, die richtige Stellung im Arzneischatze anzuweisen. Nach Liebreichs Erklärung ist er vor Schluß seiner Untersuchungen gezwungen worden, Alles mitzutheilen; er hofft, daß bei gemeinsamer Arbeit aller Aerzte dem Mittel bald die richtige Stellung gegeben wird. — Die Resultate des Professor B. Fraenkel und des Dr. Heimann bei Keuchkopferkrankungen sind als günstige zu bezeichnen. — Die Versuche mit dem Mittel werden bei Hautkrankheiten und Tuberkulose sofort in Angriff genommen werden. — Die Vorschrift gelangt in den nächsten therapeutischen Monatsheften bei Julius Springer (Berlin) zur Veröffentlichung. — Von Seiten des Kultusministers v. Gossler ist auch dieser Entdeckung volle Aufmerksamkeit und Stütze zu Theil geworden. — In der heutigen Sitzung der medizinischen Gesellschaft legte Professor Liebreich dar, auf welchem Wege er zur Anwendung des kantharidinreichen Kalis gekommen sei und führte sodann betreffs der Wirkung des Heilmittels aus, daß dasselbe, wie er glaube, eine vermehrte seröse Transsudation hervorruft, welche schlecht genährte Zellen ernähre oder Bakterien zerstöre. Bei den Versuchen an Menschen mittelst subkutaner Injektion habe er meist nur bis 2 Dezimilligramm angewandt, die äußerste zulässige Grenze seien 6 Dezimilligramm. Dr. Heimann berichtete über sehr günstige Erfolge bei 27 mit Liebreichs Mittel behandelten Kranken, und stellte einen Kranken vor, welcher anfangs fast stimmlos, jetzt mit klarer Stimme sang. Professor Fraenkel berichtete über 15 Fälle. Beide Aerzte hoben hervor, daß alle Kranke während der Kur ihre gewohnte Beschäftigung nicht aufgaben, sogar theilweise Tabak rauchten.

## Posales.

Posen, den 27. Februar.

\* **Zulassung russisch-polnischer Arbeiter.** Der Herr Oberpräsident Graf Zedlitz hat die Landräthe der Provinz Posen ermächtigt, die Zulassung russisch-polnischer und galizisch-polnischer Arbeiter in landwirthschaftlichen und industriellen Betrieben mit der Maßgabe zu gestatten, daß nur einzelstehende Personen beiderlei Geschlechts beschäftigt werden dürfen, welche nach Beendigung der Arbeiten das diesseitige Staatsgebiet wieder zu verlassen haben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 25. Februar.** Die Kommission des höheren Arbeitsraths nahm den Vorschlag an, den Arbeiter-Syndikatskammern, welche im Einvernehmen mit den Syndikatskammern der Arbeitgeber Dienstvermittlungsbureaus organisiren, Subventionen seitens des Staates zuzuwenden.

Das Komitee für die Errichtung eines Denkmals für Meissonier hat den Herzog von Amale zum Ehrenpräsidenten und Jules Simon zum Präsidenten gewählt.

**Paris, 25. Februar.** Nach aus Lima hier eingetroffener Meldung ist Iquique von der aufständischen chilenischen Flotte genommen worden.

**Lyon, 25. Februar.** Fast sämmtliche Arbeiter der hiesigen Glasfabriken sind in den angekündigten Streik eingetreten, da die vor 14 Tagen von ihnen geforderte Lohn-erhöhung nicht zugestanden wurde.

**London, 25. Febr.** Nach einer Meldung der „Times“ ist in dem zwischen Lord Salisbury und dem portugiesischen Gesandten Soveral vereinbarten Entwurf des anglo-portugiesischen Abkommens der 33. Längengrad als Grenze des Manicalandes festgesetzt. Die einzige Aenderung an der Konvention vom August v. J. besteht darin, daß Portugal eine Gebietsausdehnung nördlich von Tete erwirbt.

**London, 25. Februar.** Nach Meldungen aus Durham kam es heute anlässlich der gerichtlichen Ausweisung von strikenden Kohlengrubenarbeitern der Grube Silkworth aus den von dem Grubenbesitzer Marquis Londonderry erbauten Arbeiterwohnungen zu Ruhestörungen. Gegen die Polizeimannschaften, welche mit Stöcken gegen die Ruhestörer einschritten, wurden Steine geschleudert. Mehrere Personen wurden, zum Theil erheblich, verletzt.

**Rio de Janeiro, 25. Februar.** Die brasilianische Verfassung ist promulgirt worden. Dieselbe bestätigt den bundesmäßigen Charakter Brasiliens.

**Brüssel, 26. Febr.** Der Minister des Innern Melot demissionirte aus Gesundheitsrücksichten.

**Rom, 26. Febr.** Gestern begann der Prozeß gegen die Anarchisten Calzoni, Ferroni und Penacchi, welche angeklagt sind, den König im Januar 1889 durch ein Schreiben aufgefordert zu haben, vor dem 21. März abzudanken, widrigenfalls er durch Dynamit in die Luft gesprengt würde. Die Angeklagten leugnen ihre Schuld.

**Lissabon, 26. Febr.** Die portugiesische Regierung hat in den ostafrikanischen Kolonien völlige Religionsfreiheit gewährleistet und in den Vertrag mit der Mozambiquegesellschaft eine diesbezügliche Klausel eingesetzt.

**Washington, 26. Febr.** Das Repräsentantenhaus nahm die Einwanderungsvorlage an.

**Newyork, 26. Febr.** Ueberschwemmungen und Unwetter werden von überallher gemeldet. Viele Menschen sind im Wasser umgekommen; großer Schaden wurde in der Stadt Yuma (Arizona) angerichtet; der Damm, welcher gegen den Fluß Gila errichtet wurde, ist fortgerissen; die Bewohner sind obdachlos; die Flüsse Gila und Colorado steigen beständig.

**Rio de Janeiro, 26. Febr.** Marshall Deodoro Fonseca wurde zum Präsidenten mit geringer Majorität für vier Jahre gewählt.

## Angekommene Fremde.

Posen, 26. Februar.

**Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer).** Die Rittergutsbesitzer Majore v. Liedemann aus Seeheim und Endell aus Pietz, Lieutenant Wakenen aus Pawlowice, Martini aus Chyby und Gribel aus Napachanie, königlicher Domänenpächter Lieutenant Pratz und Frau aus Bobland, die Fabrikbesitzer Scheu aus Stuttgart und Scheller aus Emden, Arzt Dr. Steiger aus Wien, Rentier Bringel aus Grünwalde, die Kaufleute Witte aus Hamburg, Rosenthal aus Berlin, Schoeller aus Duren, Michels aus Köln, Schlüter aus Blankenheim, Bremser aus Eberfeld.

**Hotel de Rome. — F. Westphal & Co.** Die Rittergutsbesitzerinnen Frau v. Bornstädt aus Messow und Fräul. v. Gersdorff aus Kirchen-Popowo, die Kaufleute Birbaum, Fröhlich, Stolle, Bauer, Krüger, Haase und Freund aus Berlin, Homeyer aus Brandenburg a. S., Hardt aus Köln, Kirchhoff aus Wien, Huth aus Glas, Kolte und Wähl aus Hamburg, Kojner aus Forstheim, Noelle aus Lüdenscheid, Kochling aus Frankfurt am Main, Baum aus Mannheim.

**Stern's Hotel de l'Europe.** Die Kaufleute Rangow aus Frankfurt, Gübler aus Lübeck, Brommet aus Leipzig und Bieters aus Gera, Privatier Engmann aus Berlin, Zahnarzt Hilgendorf aus Königsberg, Bankier Jochide aus Modran, Kaufmann Michelsen aus Gnesen, Speditenr Lopus aus Linde, Kand. phil. Goerjen aus Greifswald und Techniker Müglitz aus Berlin.

**Hotel Bellevue. (H. Goldbach.)** Die Kaufleute Boppenhansen aus Hann. Münden, Gramd und Frau aus Stettin, Voigtmann aus Leipzig, Bernhardt und Frau, Freitag aus Neutomischel, Schlew aus Berlin, Köllmann aus Varmen, Kettelbusch aus Breslau, Rataj aus Karlsruhe, Kamps aus Brandenburg, Memelsdorf aus Schwerzen, Frau Postf. Speers aus Krottschin, Post-rath Meine aus Halle a. S., Ingenieur Zimmermann aus Budau-Magdeburg, Verf.-Zusp. Kahler aus Berlin, Gutsbesitzer Müller aus Drazig.

**Theodor Jahns Hotel garni.** Die Kaufleute Köckert aus Stettin, Goldschmidt und Beyer aus Breslau, Biber aus Treuenbriezen, Königsberger aus Liebstadt, Cohn aus Samter, Cohnheim aus Samotschin, Krüger aus Berlin, Rosenfeld und Lewin aus Inowrazlaw, Kapczynski und Daczynski aus Strelno, Wagenfabrikant Kunze aus Breslau, Fabrikant Dr. Papilsky aus Posen und Frau Koltowski aus Weglew.

**Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“.** Die Kaufleute Ohlert, Szkalnik, Ganzemoort und Müller aus Berlin, Bidali aus Triest, v. Klau aus Rawicz, Stude und Frau aus Düsseldorf, Rude aus Schonen, Eli aus Breslau, Ingenieur Prosch aus Berlin, Hauptlehrer Rude aus Schulitz und Landwirth Ollendorf und Frau aus Roswig.

**Arndt's Hotel.** Die Kaufleute Jannot aus Stettin, Hübner aus Niersleben, Ritter aus Berlin, Scheibe aus Silberhütte, Winkler aus Leipzig, Krug aus Liegnitz, Specht aus Breslau.

**Keiler's Hotel zum Englischen Hof.** Die Kaufleute Lubliner aus Kempen, Schmidt aus Gr. Lubz und Kaplan aus Schroda, Frau Israel mit Tochter aus Tremessen und Frau Auerebach mit Tochter aus Kalisch.

**Hotel de Berlin (W. Kamieński).** Die Rittergutsbesitzer v. Buchowski mit Frau aus Komarjanki, v. Jezewski aus Górzewo und Frau v. Bótkowska aus Popowo, Kaufmann Voigt aus Potsdam, Fabrikbesitzer Scholz mit Familie aus Glas, Inspektor Heiderodt aus Magdeburg, Dolmetscher Dytkiwicz aus Wissa i. P. und Administrator Dabrowski aus Brudzew.

**J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langners' Hotel.** Die Kaufleute Paschke aus Breslau, Wlekinski aus Frankfurt, Jelemann aus Stettin, Rompe aus Kirchheim, Bock und Richter aus Berlin und Fabrikant Gaffron aus Ohlau.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. Februar	Morgens	2 32	Meter.
=	= 25.	=	Mittags 2 32
=	= 26.	=	Morgens 2 34

Der angesagte Giskorso vor dem Wildthor findet heute nicht statt.

## Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurie.

**Breslau, 25. Februar.** Feft. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97,80. 4 %ige ungarische Goldrente 93,25. Konsolidirte Türken 19,15. Türkische Loose 80,50. Breslauer Diskontobank 106,05. Breslauer Wechselbank 103,75. Schlesischer Bankverein 121,50. Kreditaktien 174,75. Donnerstagsmarkt 88,25. Oberösterreichische Eisenbahn 83,75. Doppelner Zement 105,00. Kramsta 130,50. Laurahütte 135,25. Verein. Delfabr. 104,25. Oesterreichische Banknoten 177,00. Russische Banknoten 238,40.

**Rio de Janeiro, 24. Febr.** Wechsel auf London 18 1/2.

Produkten-Kurie.

**Köln, 25. Febr.** Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00. do. fremder loco 22,00. per März 20,85. per Mai 21,05. Roggen hiesiger loco 17,75. fremder loco 19,75. per März 18,05. per Mai 17,80. Hafer hiesiger loco 15,50. fremder 17,00. Rüböl loco 62,00. per Mai 61,70. per Oktober 62,60.

**Hamburg, 25. Februar.** Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinscher loco neuer 190—198. Roggen loco fest, medlenburg. loco neuer 185—190. russischer loco fest, 131—135. Hafer ruhig. — Gerste fest. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 60. — Spiritus still, per Febr. 35 1/2. Br., per Febr.-März 35 1/2. Br., per

